

Erste Beratung:

Keine Winterabschiebung in den Kosovo

- Antrag der Fraktion der SPD – Drs. 16/4359

Dr. Silke Lesemann (SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Nach wie vor sind die Lebensbedingungen vor allem im Kosovo für Angehörige der Roma unerträglich. Diskriminierung durch die Mehrheitsbevölkerung, extrem hohe Arbeitslosigkeit, Armut, keine medizinische Versorgung - es gibt dort für Roma keine Möglichkeit, in Sicherheit und Würde zu leben.

Dennoch will die Bundesregierung in den nächsten Jahren über 10 000 Flüchtlinge in die Staaten des ehemaligen Jugoslawien - insbesondere in den Kosovo, aber auch nach Serbien und Mazedonien - abschieben.

Viele dieser Menschen sind bereits in den 90er-Jahren vor Krieg und Verfolgung geflohen oder waren Opfer der Vertreibungen aus dem Kosovo nach dem Kosovokrieg im Jahre 1999. Andere sind erst in den vergangenen Jahren aus Serbien und Mazedonien geflüchtet, wo Roma massiv von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen sind.

Viele derjenigen, die von Abschiebung betroffen sind, sind in Deutschland geboren oder haben ihre Kindheit und Jugend hier in Niedersachsen verbracht. Ihre Heimat ist hier und nicht in einem Land, das sie nur vom Hörensagen kennen und das zutiefst mit Erzählungen von Gewalt, Vertreibung und Krieg verbunden ist. Meine Damen und Herren, deshalb müssen sie auch hierbleiben können.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Seit 2010 sollen jährlich ungefähr 2 500 Menschen aus Deutschland in den Kosovo gebracht werden. Grundlage dafür ist ein gegenseitig beschlossenes Rücknahmeabkommen.

Die Abgeschobenen werden ins Ungewisse geschickt. Sie landen im Desaster. Frau Polat hat bereits einige Beispiele gebracht, wie das dann aussieht. Gerade die Roma unter den Abgeschobenen haben im Kosovo vor allem Diskriminierung und Armut zu erwarten. Die Rückkehr ist für viele eine Katastrophe.

Wir haben uns hier bereits mehrfach für einen Abschiebestopp von Roma ausgesprochen.

Auch jetzt fehlen Hinweise darauf, dass sich die Lebensbedingungen für diese Gruppe im vergangenen Jahr maßgeblich verbessert haben. Delegationen von Nichtregierungsorganisationen und auch Betroffene berichten immer wieder, dass die Lage der ausgewiesenen und abgeschobenen Minderheitsangehörigen in den Balkanstaaten von antiziganistischem Rassismus und Bedrohung der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft, von extrem hoher Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung, einem unzureichenden Zugang zu medizinischer Versorgung sowie menschenwürdigem Wohnraum und Bildung geprägt ist. Vor allem Kinder und Jugendliche, die einen großen Teil ihres Lebens hier in Deutschland verbracht haben, leiden unter dieser Situation.

Für den Kosovo bestätigt ein Bericht der UNICEF vom August 2011 keine Verbesserung der Lebensumstände. Für viele Familien haben sich die Lebensumstände sogar verschlechtert. Ein Bericht der EU-Kommission vom Oktober 2011 stellt weiterhin Probleme bei der Bereitstellung von Wohnraum für Minderheitsangehörige fest bei gleichzeitig fehlenden Erwerbsmöglichkeiten und erschütternden Lebensbedingungen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch einen weiteren Aspekt nennen, der die Abschiebung von Romaflüchtlingen aus Deutschland in einem kritischen Licht stehen lässt. Es ist der ursächliche Zusammenhang zwischen Antiziganismus und gesellschaftlicher Ausgrenzung in den Herkunftsstaaten. Es ist aber auch die historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die Verbrechen an den Sinti und Roma im Nationalsozialismus.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Die Verfolgung und Ermordung über einer halben Million Sinti und Roma wurde mit eben jenen antiziganistischen Vorurteilen gerechtfertigt, die auch noch heute zur Diskriminierung und Ausgrenzung der Roma überall in Europa führen. Deshalb, meine Damen und Herren, stehen wir in einer besonderen historischen Verpflichtung, diese Gruppe zu schützen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch ein paar Worte über unseren Ministerpräsidenten verlieren. Anlässlich des Neujahrsempfangs der Evangelischen Landeskirche kündigte Ministerpräsident McAllister einen neuen, und zwar humanen Um-

gang mit Flüchtlingen an. Die Worte hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube - das ist ein Sprichwort, das angesichts der weiterhin geplanten und vollzogenen Abschiebungen auf das Handeln dieser Regierung leider zutrifft. Herr McAllister - er ist gerade nicht hier -, wir vernehmen Ihre Ankündigung mit großem Interesse und warten auf die Umsetzung.

Niedersachsen könnte sich für ein humanitäres Handeln Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zum Vorbild nehmen. Niedersachsen könnte, wie die genannten Bundesländer, zumindest davon absehen, in den kalten Wintermonaten Menschen, darunter Familien, Kinder, alte und kranke Menschen, den elenden Lebensbedingungen von Minderheitsangehörigen im Kosovo auszuliefern. Angesichts der Tatsache, dass viele Abgeschobene keine Unterkunft mehr haben bzw. dass sich die Betroffenen oft nicht trauen, in ihre Herkunftsorte zurückzugehen, halten wir es insbesondere im Winter für vollkommen unverantwortlich, Menschen abzuschieben.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, sicherlich ist Ihnen die Familie Meta aus Otterndorf ein Begriff. Schließlich liegt Otterndorf in Ihrem Wahlkreis und im Landkreis Cuxhaven, den Sie als Kommunalpolitiker sicherlich gut kennen.

(Ministerpräsident David McAllister: Ich lebe dort!)

- Genau. - Anfang Dezember 2011 wurde die Familie Meta aus Otterndorf in den Kosovo abgeschoben. Sechs Kinder im Alter von bis zu 19 Jahren gehören dazu. Die Familie lebte hier seit 2002. Ein Kind wurde hier geboren und kennt als Lebensmittelpunkt nur Otterndorf und seine Umgebung. Diese Familie wurde nachts um 2 Uhr in zwei vergitterten Wagen abgeholt, aus ihrem vertrauten Umfeld herausgerissen und in den Kosovo gebracht. Wir finden diese Vorgehensweise einfach nur unmenschlich.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Für die in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kinder bedeutet die Abschiebung den Verlust der einzigen Heimat, die sie kennen. In Otterndorf hat dieses unsensible Vorgehen zu Unmut und Empörung geführt.

(Petra Tiemann [SPD]: Zu Recht!)

Viele dort fragen sich, ob nicht mildere Verfahrensschritte hätten geprüft werden können, und kritisieren vor allen Dingen den gewählten Abschiebezeitpunkt scharf. Zum Zeitpunkt des Abtransports wurde ausgerechnet die Adventszeit gewählt, meine Damen und Herren, eine Zeit, in der Werte wie Mitmenschlichkeit und Barmherzigkeit eine immense Bedeutung haben. Im Otterndorfer Fall spielen Mitmenschlichkeit und Barmherzigkeit offensichtlich keine Rolle. Wir meinen, dass Humanität Vorrang haben muss. Deshalb fordern wir diesen Erlass. Unzumutbare Härten müssen vor allem für die betroffenen Kinder in den nächsten Monaten vermieden werden. Das hilft nicht nur kurzfristig den zahlreichen Romafamilien, sondern schafft auch Zeit, um humanitäre Lösungen zu finden.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)